

Wer regiert Brandenburg – eine kriminelle Vereinigung?

Um einzuschätzen, wovon und wie die Brandenburger seit 1990 regiert werden - und auch die von unfähigen Regierungen geplagten Berliner noch ihr Fett abbekommen - hilft ein Vergleich. Der um sein Steuergeld betrogene Bürger, der von Lügen über die Auswüchse und Unfähigkeiten von Brandenburgs Dauerregenten besudelte Betroffene und gepeinigte „Brandenburger“ wird vielleicht über einen Vergleich erst so richtig begreifen, wer (nach Mehrheitswillen von Bürgern) diese Bürger zu Deppen und Lämmern macht. Es ist „Der Brandenburger“ - so stellte sich Platzeck (SPD) auf Wahlplakaten zur letzten Landtagswahl als Kandidat zum Ministerpräsidenten vor. Arroganter geht es nicht! „Wer meinen Namen nicht kennt, ist es nicht wert, ihn zu erfahren! Ich bin nämlich das personifizierte Brandenburg und habe darum ein Recht auf nationalistische Attitüden.“ So oder so ähnlich ist das kranke Selbstverständnis eines Regenten, der sich für das Maß aller Dinge hält. Man stelle sich vor, Bundeskanzlerin Merkel hätte sich bei den letzten Bundestagswahlen auf Wahlplakaten mit „Die Deutsche“ den Wählern empfohlen. Da hätte es nicht nur von Kläffern mit SPD-Parteibuch eine Kampagne gegen nationalistische Umtriebe von Merkel und ihrer CDU gegeben. Dafür hätte Die Linke schon gesorgt, die aber im Fall des „Brandenburgers“ nationalistische Anwendungen übersieht, weil sie mit dem „Brandenburger“ ins politische Bettchen schlüpfen wollte.

Ein Vergleich schärft die Sinne

Wie dramatisch die Verkommenheit der Brandenburger SPD-Politik ist, wird deutlich, wenn man sich vorstellt, ein Versicherungsunternehmen für Lebensversicherungen hätte die innere Verfassung der SPD und das leitende Personal, insbesondere den Vorstand, der das Regierungs- und Regionalpersonal der SPD ausmacht.

Fangen wir zur Beurteilung und zum Vergleich mit dem Vorsitzenden des Vorstandes an. Es handelt sich um eine Figur, die seit 13 Jahren, mit kurzer Unterbrechung, stellvertretender und seit 11 Jahren Vorsitzender des Unternehmens ist. Unter seiner Verantwortung verloren unzählige Vorstandsmitglieder ihr Amt und die Partner wechselten je nach Bedarf des Versicherungsunternehmens. Im Vorstand des Unternehmens befanden sich sieben Mitglieder, deren kriminelle Taten - von Immobilienspekulation und Sozialbetrug bis hin zur Bestellung eines Auftragsmörders - bestätigt sind.

In den Bezirksregionen sieht es nicht besser aus. Zahlreiche Bezirksdirektoren wurden als Straftäter erwischt. Höhepunkt dieser kriminellen Truppe ist die Verurteilung eines „ehemaligen Spitzendirektors“ wegen heimtückischen Mordes.

Ein Geschäftsmodell, das seinesgleichen sucht

Lug und Betrug sowie Vertuschungen der Wahrheit gegenüber Versicherten und der Öffentlichkeit gehörten zum Geschäftsmodell dieser Gesellschaft. Die Prämien der Versicherten wurden durch riskante Geschäfte verantwortungslos aufs Spiel gesetzt und zum Teil sinnlos „verbrannt“. Die Zukunftsperspektive der Versicherung ist mehr als fraglich, weil nicht mehr übersehbar ist, ob der Konkurs des Unternehmens schon eingetreten ist oder vertuscht wird.

Das ebenfalls kriminelle oder unfähige Personal wuchs und gedieh unter dem Vorstandsvorsitzenden der Organisation. Der finanzielle Zustand des Unternehmens und die Risiken der Versicherungsnehmer interessieren den Vorsitzenden ganz offensichtlich nicht. Das ganze Unternehmen ist nur darauf ausgerichtet, immer wieder dumme Versicherungsnehmer zu finden, die ausschließlich dafür herhalten müssen, die blendend dotierten Posten im Vorstand und in den Bezirksleitungen auf ewig zu sichern.

Was sich in Brandenburg abspielt, ist ein Ausbund an Sozialdemokratie

Sicher ist nicht schwer zu erraten, um welche Versicherung es sich handelt. Sie heißt nicht: „Der Brandenburger“, sondern „Die Brandenburger Landesregierung“ - ein Unternehmen der SPD Brandenburg. Sie versichert nicht, sondern macht Menschen krank, vernichtet ihr Eigentum, verurteilt Generationen von Menschen dazu, mit Fluglärm zu leben, und sie garantiert Jugendlichen und Kindern Unterkünfte und schulische Unterweisungen in Akustikkäfigen. Dafür müssen diese, bzw. ihre Eltern auch noch selbst bezahlen und somit mit ihren Steuergeldern als Versicherungsprämie den Unterhalt einer skrupellosen und unfähigen Versicherungsgesellschaft ermöglichen.

Eine derartig agierende Versicherungsgesellschaft oder jedes andere Unternehmen wäre nicht mehr auf dem Markt. Man kann sich vorstellen, wie die SPD und auch andere Parteien, sowie Gewerkschaften und Medien über ein solches Unternehmen hergefallen wären. Mit dem Jubel der Selbstgerechten wäre das Personal dieser Versicherung ebenso in Acht und Bann geschlagen worden, wie auch diese Versicherungsgesellschaft um ihre Existenz gebracht worden wäre.

Solange diejenigen, die die Existenz solcher kriminellen Vereinigungen durch Wahlen erst ermöglichen, nicht informierter und kritischer werden, wird sich an diesen Zuständen auch nichts ändern.

Aber so dumm sind die Wähler auch nicht: Der Bogen ist bereits überspannt, und die Abwahl mehr als überfällig.

Die Redaktion

„Neue Aktion“ (NA)